

## Infobrief 2015 April Nr. 2

### Inhalt:

- EKD-Ratsvorsitzender Bedford-Strohm: Ostern ermutigt zum Einsatz für Gerechtigkeit
- Präses Schwaetzer »Der gewollte Tod von Armeniern war Völkermord«
- EKD-Ratsvorsitzender Bedford-Strohm empfindet Scham für Luthers Antisemitismus
- Mahner für verantwortliches Tun - Vor 70 Jahren wurde Dietrich Bonhoeffer im KZ Flossenbürg ermordet
- Am Ostermontag demonstrierten nochmals Tausende für den Frieden Rund 10.000 Menschen bei diesjährigen Ostermärschen
- Konfliktforscher Zick: Friedensbewegung hat an Attraktivität verloren - Gefühl der Bedrohung zurückgegangen
- Mazyek: Nicht nur religiöse Gründe für Terrorismus suchen Islamexperte: Religiöse Regeln nicht ganzer Gesellschaft aufdrängen
- Islam könnte ab 2070 größte Glaubensgemeinschaft sein
- Materialhinweise (berghof fondation; bpb; Zukunftscharta etc.)

### **EKD-Ratsvorsitzender Bedford-Strohm: Ostern ermutigt zum Einsatz für Gerechtigkeit**

**Hannover** (epd). Ostern gibt nach Ansicht des EKD Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm Kraft, für Gerechtigkeit und gegen Gewalt einzutreten. Die Botschaft von der Auferstehung Christi lasse auf ein Leben nach dem Tod hoffen, schrieb der Spitzenrepräsentant der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in seiner Osterbotschaft. »Gegen das Dunkel von Ungerechtigkeit und Gewalt setzten wir das feste Vertrauen, dass am Ende alle Tränen abgewischt werden und alles Ungerechte zurechtgerückt werden wird.« Bedford-Strohm ermutigte zu mehr Gottvertrauen. Auch der von den Nazis ermordete Theologe Dietrich Bonhoeffer habe »im tiefsten Dunkel« an die Auferstehung geglaubt. »Wer Ostern kennt, kann nicht verzweifeln«, zitierte der Ratsvorsitzende Bonhoeffer. Der lutherische Pfarrer und Widerstandskämpfer wurde vor am 9. April vor 70 Jahren, kurz nach Ostern, im KZ Flossenbürg hingerichtet. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 15\\_2015 Seite \\_2](#)

### **Präses Schwaetzer »Der gewollte Tod von Armeniern war Völkermord«**

**Frankfurt a.M.** (epd). Irmgard Schwaetzer dringt darauf, die Verfolgung der Armenier vor 100 Jahren als Völkermord zu bezeichnen. »Der gewollte Tod der Armenier war Völkermord«, schreibt die ehemalige Bundesministerin und heutige Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in einem Beitrag für das evangelische Monatsmagazin »chrismon« (April-Ausgabe). Auch müsse die Mitschuld des Deutschen Reiches klar benannt werden. Sie kritisierte, dass der Bundestag 2005 in einer Entschließung den Begriff Völkermord vermieden habe, um die Beziehungen zur Türkei nicht zu belasten. Am 24. April 1915 begann im damaligen Konstantinopel, dem heutigen Istanbul, die Massenhaftierung und anschließende Deportation der intellektuellen, politischen und kulturellen Elite

der Armenier in der Stadt. Diese bildeten den Auftakt für Massentötungen, denen nach Untersuchungen unabhängiger Historiker in den Jahren 1915 und 1916 mehr als eine Million Menschen zum Opfer fielen. Das Deutsche Reich war dem osmanischen Verbündeten im Ersten Weltkrieg beim Genozid behilflich. Die Türkei streitet bis heute einen Völkermord ab. Auch die Bundesregierung vermeidet im Gegensatz zu vielen anderen Staatsregierungen die Begriffe »Völkermord« und »Genozid«. Die Kirchen gedenken am 23. April mit einem ökumenischen Gottesdienst im Berliner Dom der Opfer. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 15\\_2015 Seite \\_6](#)

## **EKD-Ratsvorsitzender Bedford-Strohm empfindet Scham für Luthers Antisemitismus**

**Hamburg** (epd). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, kritisiert den Antisemitismus des Reformators Martin Luther (1483-1546). »Luther hat sich in seiner Spätzeit unhaltbar und in kruden Thesen über das Judentum geäußert«, sagte Bedford-Strohm dem Hamburger Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«: »Diese Verirrungen können nur Anlass zu Trauer und Scham sein.« Man habe leider jahrhundertlang immer wieder übersehen, dass Christen »für immer in den biblischen Bund Gottes mit dem Volk Israel einbezogen« seien, fügte Bedford-Strohm hinzu. Jesus habe zum gleichen Gott gebetet wie das jüdische Volk. »Es ist eine Hypothek der christlichen Theologie, dass man an dieser Stelle lange die Tatsachen verdreht hat.« Allerdings hätten sich die christlichen Kirchen diesem Versagen inzwischen intensiv gestellt, betonte der bayerische Landesbischof. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 15\\_2015 Seite \\_8](#)

## **Mahner für verantwortliches Tun - Vor 70 Jahren wurde Dietrich Bonhoeffer im KZ Flossenbürg ermordet**

**Frankfurt a.M.** (epd). Im Juni 1932, rund ein halbes Jahr vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, predigt Dietrich Bonhoeffer in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. »Wir müssen uns nicht wundern, wenn auch für unsere Kirche wieder Zeiten kommen werden, wo Märtyrerblut gefordert wird«, sagt er zu den Gottesdienstbesuchern. Seine Worte sind prophetisch. Am 9. April 1945 wird der evangelische Theologe im Konzentrationslager Flossenbürg in Bayern ermordet. Bonhoeffer, als Sohn eines Psychiatrieprofessors im heutigen Wrocław (Breslau) geboren, starb im Alter von nur 39 Jahren. Dennoch gab es im vergangenen Jahrhundert kaum einen Theologen, der Gesellschaft und Kirche so stark geprägt hat wie er. Bonhoeffers Theologie gehöre zu den »stärksten theologischen Impulsen, die aus dem vergangenen Jahrhundert in unsere Gegenwart hinüberwirken«, urteilt etwa der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende und Berliner Altbischof Wolfgang Huber im Monatsmagazin »zeitzeichen«. »Sein Einsatz im Widerstand, über dessen Reichweite er sich selbst keinerlei Illusionen gemacht hatte, ermutigte viele zu Widerständigkeit und politischem Engagement.« Bonhoeffer, der aus großbürgerlichen Verhältnissen stammt, steht dem Nazi-Regime von Anfang an kritisch gegenüber. Zwei Tage nach Hitlers Machtübernahme spricht er in einer Rundfunkrede zum Thema »Der Führer und der Einzelne in der jungen Generation«. Er warnt davor, dass aus dem »Führer« ein »Verführer« werden könne. Bei einer ökumenischen Friedenstagung auf der dänischen Insel Fanø fordert er die Christen in Deutschland 1934 zur Entscheidung auf: entweder »Christ oder Nationalist«. 1935 übernimmt Bonhoeffer - er ist gerade aus London zurück, wo er eineinhalb Jahre als Auslandspfarrer gearbeitet hat - die Leitung einer aus staatlicher Sicht illegalen Ausbildungsstätte für Vikare. Hier entfaltet er sein Ideal vom gemeinsamen Leben »in strenger, christlicher Lebensführung in Gebet, Meditation, Schriftstudium und brüderlicher Aussprache«. Im August 1937 verbietet der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, schließlich diese Ausbildungsstätten der regimekritischen Bekennenden Kirche. Durch seinen Schwager Hans von Dohnanyi, der für den Militärischen Geheimdienst im Oberkommando der Wehrmacht arbeitet, bekommt Bonhoeffer Kontakt zum Widerstand. Ein konspirativer Kreis innerhalb der militärischen Abwehr, zu der auch Admiral Wilhelm Canaris und Generalmajor

Hans Oster zählen, plant den Umsturz. Bonhoeffer ist Teil der Widerstandsgruppe. Ihm nutzen seine zahlreichen ökumenischen Kontakte, die er unter anderem als Auslandspfarrer in London knüpfen konnte. Mehrfach reist er ins Ausland - in die Schweiz, nach Norwegen, Schweden und Italien. Offiziell ist er als Agent der Spionage-Abwehr unterwegs, inoffiziell informiert er seine Kontakteleute im Ausland über die Umsturzpläne. Sich selbst nannte Bonhoeffer, der den Tyrannenmord notgedrungen als äußerste Option in Kauf nahm, einmal einen »Kopplizen, der sich seiner Schuld bewusst ist«. Am 5. April 1943 wird Bonhoeffer verhaftet. In der Haft schreibt er zahlreiche Briefe - an seine Familie, an seinen Freund und späteren Biografen Eberhard Bethge sowie an seine Verlobte Maria von Wedemeyer. Aus dieser Zeit stammen seine bekannten, heute in zahlreichen Liederbüchern gedruckten Verse »Von guten Mächten wunderbar geborgen«. »Bonhoeffer hatte eine Sprachgewalt, die die Menschen direkt anspricht«, sagt die Vorsitzende der deutschsprachigen Sektion der Internationalen Bonhoeffer-Gesellschaft, Christiane Tietz. Zugleich würdigt die Zürcher Theologieprofessorin Bonhoeffers evangelische Frömmigkeit, die gezeigt habe, was glaubwürdiges Christsein bedeutet. »Für viele Menschen ist Bonhoeffer ein Mahnmal geworden, wie verantwortungsvolles Tun im Nationalsozialismus hätte aussehen müssen.« Zahlreiche Schulen und Straßen tragen seinen Namen. An der Westwand von Westminster Abbey in London erinnert eine Statue an Bonhoeffer - neben Martin Luther King, Oscar Romero und Maximilian Kolbe. Und doch gerät Bonhoeffer, so scheint es, 70 Jahre nach seinem Tod außerhalb der Kirchen in Vergessenheit. Davon zeugt eine skurrile Auseinandersetzung, die im baden-württembergischen Filderstadt spielt: Hier wirft die Deutsche Bahn einer »Frau Bonhoeffer Dietrich« vor, schwarz gefahren zu sein und versucht vom Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium der Stadt über ein Inkasso-Unternehmen die Mahngebühr für das Fahren ohne Fahrschein einzutreiben. Erklären lässt sich das nur so: Den Kontrolleuren ist der Theologe und Widerstandskämpfer, den ein Standgericht am 8. April 1945 und damit einen Monat vor Kriegsende zum Tode verurteilt hat, kein Begriff mehr. *Von Barbara Schneider (epd) epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 15\_2015 Seite \_11*

## Am Ostermontag demonstrierten nochmals Tausende für den Frieden Rund 10.000 Menschen bei diesjährigen Ostermärschen



**Unter dem Motto "Die Waffen nieder!" haben etwa 1.000 Menschen beim traditionellen Berliner Ostermarsch für Frieden und Abrüstung demonstriert. epd-bild / Rolf Zöllner**

**Dortmund (epd).** An den bundesweiten Ostermärschen haben sich in diesen Jahr wieder mehrere Tausend Menschen beteiligt. Nach Schätzungen von Veranstaltern waren es in diesem Jahr rund 10.000 Menschen. Das Netzwerk Friedens-

kooperative in Bonn wollte keine konkreten Zahlen nennen. Die Teilnehmerzahl entspreche in etwa der des Vorjahr. Im Mittelpunkt der Proteste stand diesmal der Krieg in der Ukraine, demonstriert wurde aber auch gegen Aufrüstung, Auslandseinsätze der Bundeswehr und Atomkraft. Zum Abschluss gingen am Ostermontag in mehreren deutschen Städten abermals Tausende für den Frieden auf die Straße. Auf dem Frankfurter Römerberg versammelten sich am Montag rund 1.200 Demonstranten, die einen Stopp der Rüstungsexporte und eine neue Entspannungspolitik forderten. In Hamburg zogen knapp 1.000 Friedensbewegte durch die Innenstadt. In Dortmund trafen sich nach Veranstalterangaben mehrere Hundert Aktivisten des Ostermarschs Rhein/Ruhr zu einer Abschluss-

Kundgebung und einem Friedensfest. Die Ostermarschierer forderten ein Ende der Kriegshandlungen in der Ukraine sowie den Stopp von Waffenlieferungen in die Krisenregionen. Beim Ostermarsch Rhein/Ruhr zogen die Demonstranten am Ostermontag auf ihrer letzten Etappe von Bochum nach Dortmund. Auf dem Platz von Hiroshima im Stadtzentrum erinnerten Sprecher der Friedensbewegung an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 70 Jahren. Angesichts der schrecklichen Folgen des militärischen Einsatzes der Atomkraft müssten Atomwaffen endlich weltweit abgeschafft werden, hieß es. Die Teilnehmer plädierten für den Abzug aller Atomwaffen aus Europa. Zudem forderten sie ein Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Im Fliegerhorst Blüchel im rheinland-pfälzischen Landkreis Cochem-Zell in der Eifel beteiligten sich etwa 150 Aktivisten an einer Demonstration gegen Atomwaffen. An dem Luftwaffenstützpunkt sollen amerikanische Atomwaffen lagern. Die Ostermarschierer forderten neben der Ächtung der Waffen, auch einen Verzicht auf die von den USA erwogene Modernisierung der Atomraketen. 600 Ostermarschierer trafen sich am Montag auch im österreichischen Bregenz. Laut Polizei nahmen Menschen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz am »Bodensee-Friedensweg« teil. »Alles war absolut friedlich, eine super Veranstaltung«, sagte ein Polizeisprecher dem Evangelischen Pressedienst (epd) am Montag. Die mehrmalige Sperrung der Hauptstraße sorgte jedoch für lange Staus. In Kassel kamen am Ostermontag rund 600 Ostermarschierer zusammen. In Kiel fand mit rund 300 Menschen der größte Ostermarsch in Schleswig-Holstein statt. In Sassnitz kamen rund 120 Demonstranten zum »Rügener Osterspaziergang«. In Stuttgart waren am Sonntag etwa 400 Demonstranten. Seit Karfreitag hatten nach Angaben von Friedensinitiativen täglich mehrere Tausende Menschen gegen Kriege, Rüstungspolitik und Atomkraft protestiert. Am Samstag waren beim Ostermarsch Rhein/Ruhr sowie beim Ostermarsch in Berlin jeweils gut 1.000 Anhänger der Friedensbewegung auf die Straße gegangen. Bundesweit waren über die Feiertage rund 80 Demonstrationen, Mahnwachen, Fahrradtouren, Wanderungen und Friedensfeste geplant. Dazu wurde ursprünglich mehrere Zehntausend Menschen erwartet. Die Ostermarsch-Bewegung ist Ende der 50er Jahre in Großbritannien entstanden. Der erste deutsche Ostermarsch fand 1960 in Hamburg statt. Den meisten Zulauf hatte die Friedensbewegung zwischen 1968 und 1983: Damals demonstrierten bei Veranstaltungen in Westdeutschland Hunderttausende Menschen gegen den Vietnam-Krieg und für atomare Abrüstung.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 15\_2015 Seite \_15

## **Konfliktforscher Zick: Friedensbewegung hat an Attraktivität verloren - Gefühl der Bedrohung zurückgegangen**

**Bielefeld** (epd). Traditionelle Friedensaktionen wie Ostermärsche haben nach Einschätzung des Konfliktforschers Andreas Zick ihre Attraktivität verloren. In der Mehrheit der Bevölkerung herrsche inzwischen die Auffassung, dass militärische Sicherheit und Kontrolle Friedenspolitik sei, sagte der Leiter des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung der Universität Bielefeld dem Evangelischen Pressedienst (epd). »In einer immer stärker nach ökonomischen Kriterien orientierten Gesellschaft, die auf Durchsetzung individueller Interessen drängt, wird Frieden heute weniger als kollektives Problem erachtet«, sagte der Konfliktforscher. Auch eine geringer empfundene eigene Bedrohung führt nach Einschätzung des Forschers zu einem Nachlassen des Interesses. Frieden erscheine vielen als kontrollierbar, erläuterte Zick. Frieden sei den Bürgern immer dann wichtig, wenn sie sich bedroht fühlten. »Offensichtlich fühlen sie weniger Bedrohung, als man vermuten könnte«, sagte der Konfliktforscher. Zudem habe eine Allensbach-Studie aus dem Jahr 2014 gezeigt, dass viele Bürger Europa als Friedensgaranten betrachten. Zugleich würden sie wirtschaftliche Fragen für wichtiger halten. Die Friedensbewegung bietet nach Einschätzung des Wissenschaftlers für die unterschiedlichen Gruppen keine gemeinsame Identität mehr. Ein Grund dafür sei, dass in der Vergangenheit immer wieder einzelne Gruppen und Vertreter versucht hätten, die Meinungsführerschaft zu bekommen. »Dabei haben sie übersehen, dass ihre teilweise radikalen Thesen für weite Teile der Mitte der Bevölkerung, die sich um Krieg und Frieden sorgen, nicht attraktiv sind.« Zivilgesellschaftliches Engagement findet laut Zick heute zunehmend auf anderen Feldern statt: »Viele Menschen

suchen neue Wege.« Viele Bürger bewerteten ihr Engagement für Flüchtlinge und Asylbewerber als zivilgesellschaftliche Friedensarbeit. »Das ist ja sogar richtig, weil die Wahrnehmung des innergesellschaftlichen Friedens mit dem des globalen Friedens einhergeht«, sagte Zick. Eine immer mehr fragmentierte Gesellschaft führe dazu, dass sich die Bürger eher auf lokaler Ebene engagierten. Um dieses Engagement zu stärken, muss nach Auffassung des Wissenschaftlers bereits in Schule und in Universitäten zivilgesellschaftliche Bildung vermittelt werden. *Holger Spierig (epd-Gespräch) epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 15\_2015 Seite \_16*

## **Mazyek: Nicht nur religiöse Gründe für Terrorismus suchen**

**Düsseldorf** (epd). Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, hat davor gewarnt, nur religiöse Begründungen für islamistische Terroranschläge zu suchen. »Wir müssen aufpassen, dass wir nicht den Terroristen auf den Leim gehen und ihnen das Gefühl geben, dass es uns darum geht, die Religion Islam zu verhandeln«, sagte Mazyek am Dienstagabend in Düsseldorf. Ansonsten bestätige man Extremisten in ihrer Annahme, die westliche Welt kämpfe gegen den Islam. »Wir müssen klarmachen, dass es nicht um eine Verhandlung des Islams geht, aber dass Menschenrechte unverhandelbar sind.« Mazyek kritisierte bei einer Diskussionsveranstaltung der »Rheinischen Post« zum Thema »Glaube und Gewalt« im Düsseldorfer Maxhaus, dass die Debatte um islamistische Terroranschläge seit dem 11. September 2001 kaum vorangekommen sei. »Seit 9/11 kommen wir nicht aus der Defensive heraus, terroristische Aktivitäten, die Muslime verübt haben, ständig religiös zu begründen«, beklagte der Zentralratspräsident. Dabei seien die Verwerfungen in der muslimischen Welt nicht nur religiös motiviert, sondern unter anderem auch ökonomisch. Mazyek rief dazu auf, kulturelle, soziologische, wirtschaftliche, psychologische und geopolitische Gründe stärker in den Blick zu nehmen. Zudem hätten Gruppen, die gegen das Establishment und »die da oben« aufbegehrt hätten, schon immer eine Faszination auf manche Menschen ausgeübt, sagte er mit Blick auf junge Deutsche, die sich dem »Islamischen Staat« in Syrien oder dem Irak anschließen. Der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck und der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Abraham Lehrer, forderten in der Diskussion eine stärkere Auseinandersetzung der Muslime in Deutschland mit Gewalt im Namen der Religion. Wichtig sei ein innerislamischer Dialog über die Begründung der Menschenrechte und Menschenwürde, forderte Overbeck. Einen solchen Dialog sehe er zurzeit noch nicht. Die Diskussion über Gewalt im Namen des Islam könnten nur die Muslime selbst führen, betonte der Ruhrbischof. Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Lehrer, erklärte, alle drei Religionsgemeinschaften müssten sich mit Passagen in ihren heiligen Schriften auseinandersetzen, »die nicht nur von Liebe strotzen, sondern die für gewisse Menschen die Möglichkeit bieten, extreme Positionen zu beziehen«. Vertreter der Religionsgemeinschaften müssten klarmachen, dass Gewalt nicht in ihrem Namen verübt werde. »Christentum und Judentum zeigen das, der Islam hat begonnen, das zu zeigen«, sagte Lehrer. Die Signale, die es in den letzten Jahren von den Muslimen in Deutschland gebe, seien »hoffnungsvoll, aber noch nicht intensiv genug«. Internet: [www.bistum-essen.de](http://www.bistum-essen.de); [www.zentralratjuden.de](http://www.zentralratjuden.de); Zentralrat der Muslime: [www.zentralrat.de](http://www.zentralrat.de) epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 15\_2015 Seite \_19

## **Islamexperte: Religiöse Regeln nicht ganzer Gesellschaft aufdrängen**

**Berlin/Köln** (epd). Nach den Terroranschlägen von Paris Anfang des Jahres wurde nicht nur Solidarität mit der Satirezeitschrift »Charlie Hebdo« und den Franzosen geäußert. Es gab auch Kritik an der Zeitschrift und ihren provokanten Karikaturen des Religionsstifters Mohammed. Der Islamexperte bei der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Friedmann Eißler, wirbt im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) für Respekt und Toleranz in der Gesellschaft. Kritik äußert er an den islamischen Dachverbänden. epd: Herr Eißler, wo verläuft die Grenze zwischen Meinungsfreiheit auf der einen Seite und Herabwürdigung einer Religion und ihrer Anhänger auf der anderen Sei-

te? Eißler: Rechtlich sollte an der größtmöglichen Freiheit zur Äußerung von Meinung und Satire festgehalten werden. Die Haltung, dass ich das Heiligste meines Mitmenschen respektiere und nicht in den Dreck ziehe, lässt sich nicht per Gesetz verordnen, sondern wächst in eigener Verantwortung. Und dies am besten in einer Atmosphäre der Freiheit und der offenen Diskussion über deren Grenzen. Zur Freiheit gehört auch die Überzeugung, dass ich nicht jede dümmliche Verunglimpfung in Wort oder Bild ernst nehmen muss. epd: Wo beginnt die notwendige Kritik am Islam? Eißler: Kritik am Islam ist da notwendig, wo die über Jahrhunderte entstandenen und in allen Hauptrichtungen des Islams grundsätzlich festgelegten religiösen Normen - die Scharia - allen Muslimen aufgedrängt werden und darüber hinaus für die ganze Gesellschaft Geltung haben sollen. Historisch berufen sich Muslime dabei auf die Verhältnisse in der Stadt Medina zur Zeit des Propheten Muhammad im 7. Jahrhundert als Idealbild der Gesellschaft. Toleranz und individuelle Menschenrechte, wie wir sie verstehen, haben darin keinen Platz. Solange laut einschlägigen Studien fast die Hälfte der Muslime in Deutschland und in Europa der Ansicht sind, dass das Befolgen der Regeln des Korans wichtiger sei als die deutschen Gesetze, haben wir ein Gewaltproblem. Denn die Berufung auf die Gewaltauftrufe im Koran ist nach gängiger islamischer Lehre schwer zu unterbinden, wenn nicht ein radikales Umdenken in der Koraninterpretation stattfindet. epd: Wann schlägt die Kritik in Hetze gegen Muslime um? Eißler: Hetze beginnt da, wo der Islam insgesamt für ein unveränderbares Regelsystem gehalten wird und wo Muslimen pauschal unterstellt wird, sie würden bewusst nicht die Wahrheit sagen. Pauschale Diffamierung ist der Tod des Dialogs und der Hoffnung auf ein gutes Zusammenleben. epd: Immer wieder ist zu lesen, dass der Islam einen Aufklärungsschub bräuchte, um im 21. Jahrhundert anzukommen. Wie ist es denn um die Diskursfähigkeit von Muslimen in Deutschland bestellt? Eißler: Viele Muslime der jüngeren Generation drängen auf die Studienplätze der Zentren für islamische Theologie, die an vier Standorten eingerichtet wurden. Es gibt Künstler, Intellektuelle, Unternehmer und Politiker muslimischen Glaubens, die selbstverständlich an den entsprechenden Diskursen teilhaben. Wir müssen wegkommen von dem starren Blick auf die Islamverbände, die nur plus minus 20 Prozent der Muslime in Deutschland vertreten und allerdings ein konservatives Islamverständnis vertreten, das tatsächlich in wichtigen Punkten einer neuen Ausrichtung im Kontext unserer Gesellschaft bedarf. Das bedeutet aber auch, dass die Politik und die Kirchen nicht so fixiert auf die konservativen Verbände agieren sollten. epd: Wie sehen Sie die Chancen für die Ausbildung eines »Euro-Islam«? Eißler: Es wird notwendig sein, dass die Muslime in ihren Organisationen und individuell die säkularen Rahmenbedingungen als die positive, notwendige Voraussetzung für echte Religionsfreiheit begreifen. Säkularität bedeutet nicht Religionsfeindlichkeit, wie Muslime es oft verstehen, sondern setzt die Spielregeln für das Mit- und Nebeneinander in der religiös-weltanschaulich pluralen Gesellschaft. Dies aktiv anzunehmen wäre genug »Euro-Islam«, für viele Muslime ist dies auch eine Selbstverständlichkeit. Es beinhaltet allerdings auch die eindeutige Erklärung, welche Scharia-Regelungen damit ihre Geltung hier und heute verloren haben. Da die am lautesten hörbaren Islamverbände meines Erachtens weit entfernt sind von derartigen Einsichten, bin ich skeptisch, was die Entwicklung der nächsten Jahre angeht. epd: Wenn Sie heute die Schnittstellen im expandierenden muslimfeindlichen Netzwerken benennen sollen, welche Initiativen, Plattformen, haben derzeit den meisten Einfluss? Eißler: Im Internet nach wie vor PI (Politically Incorrect); öffentlichkeitswirksam waren jetzt die »Pegida«- Demonstrationen samt Ablegern. Manche wollen die AfD stärker in diese Richtung profilieren, was im Moment aber vorerst gebremst scheint. epd: In der Diskussion über erlaubte und überzogene Religionskritik wird auch die Wirksamkeit des Strafrechts in Frage gestellt. So gibt es etwa die Forderung, den sogenannten Gotteslästerungsparagrafen im Strafgesetzbuch (Paragraf 166) abzuschaffen. Was halten Sie davon? Eißler: Wie gesagt, eine Haltung des Respekts und der Toleranz lässt sich nicht gesetzlich verordnen und mit Paragrafen durchsetzen. Die seltenen Anwendungsfälle werfen Fragen auf. Auf der anderen Seite ist ebenso wenig durch die Abschaffung gewonnen. Immerhin macht der Paragraf deutlich, dass zwischen den hohen Gütern der Meinungsfreiheit und der Religionsfreiheit abzuwägen ist. Es könnte auch die Grenze der Meinungs- und Kunstfreiheit wieder stärker diskutiert werden. Es geht um die Würde des Menschen, um seine Identität, zu deren spezifischem Ausdruck auch seine Glaubensüberzeugung gehört. Internet: [www.ezw-berlin.de](http://www.ezw-berlin.de); [www.koordinationsrat.de](http://www.koordinationsrat.de) *Lukas Philippi (epd-Gespräch)* epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 15\_2015 Seite \_23f

## Islam könnte ab 2070 größte Glaubensgemeinschaft sein

**Washington** (epd). Der Islam könnte das Christentum in den kommenden Jahrzehnten als weltweit größte Glaubensgemeinschaft ablösen. Im Jahr 2050 würden voraussichtlich fast ebenso viele Muslime auf Erden leben wie Christen, heißt es in einer Prognose des USamerikanischen Instituts Pew Research Center. Etwa ab 2070 werde es vermutlich mehr Muslime geben als Christen. Ursache der Entwicklung sei unter anderem, dass Muslime im Durchschnitt mehr Kinder bekämen. In Europa würden Muslime im Jahr 2050 rund zehn Prozent der Bevölkerung stellen. Allerdings müsse man bei derartigen Langzeit- Prognosen vorsichtig sein, schränkte das Institut bei der Vorstellung der Studie am 2. April ein. Naturkatastrophen, Kriege und andere nicht vorhersehbare Ereignisse könnten demografische Trends ändern. Für die Prognose hat das Institut 2.500 Umfragen, Untersuchungen und Volkszählungen ausgewertet. Im Jahr 2010 waren laut Studie 31,4 Prozent der Weltbevölkerung Christen (2,17 Milliarden) und 23,2 Prozent Muslime (1,6 Milliarden). Wenn sich die derzeitige demografische Entwicklung fortsetze, werde es Mitte des Jahrhunderts 31,4 Prozent Christen (2,92 Milliarden) und 29,7 Prozent Muslime (2,76 Milliarden) geben. Im Jahr 2070 würden Muslime und Christen mit jeweils 32,2 Prozent gleichauf liegen. In den folgenden Jahren werde die muslimische Bevölkerung vermutlich schneller wachsen. Der Prozentsatz der Hindus weltweit werde von 2010 bis 2050 mit rund 15 Prozent konstant bleiben, der Anteil der Buddhisten von 7,1 Prozent auf 5,2 Prozent zurückgehen. Gleichzeitig werde der weltweite Anteil der Menschen ohne religiöse Bindung von 16,4 Prozent auf 13,2 Prozent fallen. In Europa und Nordamerika aber werde der Prozentsatz der Menschen, die sich keiner Religion zugehörig fühlen, steigen. Die Studie ergab zudem, dass Indien trotz seiner erwarteten Hindu-Mehrheit im Jahr 2050 das Land mit der zahlenstärksten muslimischen Bevölkerung sein wird. Gegenwärtig leben die meisten Muslime in Indonesien. Einer von vier Christen werde 2050 in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara leben. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 15\_2015 Seite \_51

## Materialhinweise

Krieg und Flucht im Unterricht; Verena Brenner; 2014

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg waren 2014 über 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Die Folgen sind auch in Deutschland spürbar. Lehrerinnen und Lehrer sehen sich vor neue Herausforderung gestellt, denn eine wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen ist selbst aus Kriegsregionen geflohen oder hat Verwandte oder Freundinnen und Freunde dort. Für viele Schülerinnen und Schüler ist es aufgrund ihrer emotionalen Betroffenheit, der hohen Komplexität des Themas und der Nachrichtenvielfalt schwierig, Informationen über aktuelle Kriege und Fluchthintergründe weltweit einzuordnen. Hier setzt das vorliegende, für die Sekundarstufe I entwickelte Lehrmedium an. Es leistet mit einem biographisch orientierten Ansatz einen authentischen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Thema „Krieg und Flucht“ in Unterricht und Schule.

<http://www.berghof-foundation.org/publications/publication/krieg-und-flucht-im-unterricht/>

## Bundeszentrale für politische Bildung

Dossier

Politische Bildung

-----

Politische Bildung soll die Menschen darin unterstützen, ihr eigenes Verhältnis zum Politischen zu bestimmen. Denn Demokratinnen und Demokraten werden nicht einfach so geboren. Das Dossier bietet eine Einführung in das "Making of" politischer Bildung.

<http://www.bpb.de/politische-bildung>

Dossier Rechtsextremismus  
Judenhass im Fußball

-----  
Judenhass im Fußball hat Tradition. Hartnäckig halten sich antisemitische Stereotype, die als Beleidigungen von rechten Fans aus den Kurven gebrüllt werden. Die Verbände haben lange gebraucht, um auf antisemitische Ausfälle zu reagieren. Inzwischen wird der Judenhass auch in den Fußballstadien immer öfter als Israelkritik getarnt. Eine Herausforderung für Vereine und Fanbeauftragte.

<http://www.bpb.de/202637>

### **Veranstaltungen:**

Fortbildungskonzept

Qualifiziert Handeln! Rechtsextremismus und abwertenden Haltungen begegnen, zivilgesellschaftliches Engagement stärken

-----  
mehrere Termine, bundesweit

Wie reagiere ich auf Diskriminierung oder rechtsextreme Sprüche? Was steckt dahinter? Wie mache ich gute Präventionsarbeit? In Kooperation mit dem DGB Bildungswerk, dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben und den Evangelischen Akademien in Deutschland bieten wir Fortbildungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten an. Es gibt noch freie Plätze!

<http://www.bpb.de/qualifiziert-handeln>

### **Zukunftscharta**

ein paar Internetadressen, die ich gerne an Euch weiterleite. Vor allem die Zukunftscharta, besonders unter dem Punkt "Frieden schaffen...", auch wenn alles mit allem zusammen hängt, sollten wir sie zur Kenntnis und uns zur kritischen Bearbeitung vornehmen.

[www.zukunftscharta.de](http://www.zukunftscharta.de) und <http://www.bmz.de/de/mitmachen/zukunftscharta/index.html>

Aber auch den Aufsatz "Zur DNA der deutschen Außenpolitik" und die eigenen Ausführungen unseres Außenministers auf "review 2014" sind lesenswert.

[www.review2014.de/de/themen.html](http://www.review2014.de/de/themen.html)

[www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/zur-dna-der-deutschen-aussenpolitik-810/](http://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/zur-dna-der-deutschen-aussenpolitik-810/)